

## Mainau lockt mit Orchideen

Diese Orchidee ist eine von rund 3000 Exemplaren mit denen die Insel Mainau in die Saison 2012 startet. Außerdem gibt es rund 770 000 Frühjahrsblüher zu bestaunen. Das Blumenjahr 2012 steht unter dem Motto „Sehnsucht nach Sonne – Inseln des Südens“. Es wird mit rund 1,2 Millionen Besuchern gerechnet. Foto: dpa



## SCENE STUTTGART

### Unter Cineasten

Beim Treffen der Südwest-Delegierten nach der Bundesversammlung ließ sich Ex-Ministerpräsident Stefan Mappus nur kurz blicken. Nach einem kleinen Abendessen in großer Runde, bei dem Joachim Gaucks Wahl Hauptthema war, zog Mappus es vor, sich mit zwei CDU-Landtagsabgeordneten in politischer Historie weiterzubilden. So endete der Abend nicht bei den Landesleuten, sondern im Kino: „Die Eiserne Lady“, der oscarprämierte Film, in dem die frühere britische Premierministerin Margaret Thatcher – anders als in vielen Medienberichten zu ihrer Amtszeit – freundlich gezeichnet wird, hatte Mappus' Interesse geweckt.

### Unter Konsuln

Kein Fleisch, kein Alkohol, nichts Süßes: Staatsminister Peter Friedrich hat sich für die Fastenzeit einige Verzichtsvarianten auferlegt. Das führt einerseits zu sichtbaren Erfolgen – über vier Kilo hat der ohnehin nicht an Übergewicht leidende SPD-Politiker bereits verloren. Andererseits auch zu Beschränkungen auf dem diplomatischen Parkett, die Friedrich indes clever umgeht: Beim Empfang des konsularischen Corps im Neuen Schloss sprach er den Toast aus und stieß mit allen an. Dass er aufs Trinken verzichtete, fiel so gar nicht auf.

### Unter Musikern

Bei der Einweihung der deutsch-französischen Wasserschutzpolizeistation in Kehl hat Innenminister Reinhold Gall nicht nur die den Rhein überspannende Zusammenarbeit gelobt. Der SPD-Politiker dankte auch dem Blechbläserquintett des Landespolizeiorchesters, das passenderweise das Allegro aus der „Wassermusik“ von Georg Friedrich Händel intonierte. Er hoffe, scherzte Gall, dass es keinen tieferen Sinn habe, dass jüngst bei einer Polizeiveranstaltung der „Banditengalopp“ von Johann Strauß gespielt wurde.

### Unter Landsleuten

Bei der Landtagswahl im Saarland müssen die Grünen um den Wiedereinzug ins Parlament fürchten. Um das Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde zu vermeiden, macht auch Baden-Württembergs Grünen-Umweltminister Franz Untersteller in seinem Geburtsland Wahlkampf. Der führte ihn auch in die „Fünfte Jahreszeit“, die größte Kneipe in seinem Heimatort Ensheim-Saar. Der Wahlkampf vor der einstigen Haustür hat Untersteller, der 2009 in der jetzt geplatzten Jamaika-Koalition fast Saar-Umweltminister geworden wäre, Spaß gemacht. Umso gespannter verfolgt er am Sonntag die Wahl. rol

# Abschied vom Wegsperrern

Sicherungsverwahrung: In Freiburg und Bruchsal entstehen Therapie-Abteilungen

**Die Reform der Sicherungsverwahrung wird den Strafvollzug im Land umkrempeln. Für betroffene Häftlinge werden eigene Abteilungen in Bruchsal und Freiburg gebaut. Wird der Knast zur Therapie-Anstalt?**

ROLAND MÜLLER

**Stuttgart/Freiburg.** Wenn sich Günther G. an seine Zeit in der Sicherungsverwahrung in der Freiburger JVA erinnert, kann er den Tagesablauf minutiös aufzählen: Um 6.30 Uhr schloss der Wärter die Zellentür auf. Um 9.15 Uhr Frühstück, um 12.05 Uhr Mittagessen in der Zelle. Um 15.50 Uhr Hofgang, danach Abendessen und Freizeit. Nachtruhe ab 21.45 Uhr. Jahrelang, immer dasselbe. „Manche Leute werden da labil, brauchen Tabletten“, sagt G. „Irgendwann denkt man: Ich kann nicht mehr.“ Das Wort Therapie kommt in der Aufzählung nicht vor.

Das wird sich ändern. Die geplante Reform der Sicherungsverwahrung stellt die Gefängnisse vor neue Aufgaben – und könnte den Alltag im Knast umkrempeln. „Das Bundesverfassungsgericht setzt bei seinen Vorgaben für den Gesetzgeber sehr stark auf die Therapie der Straftäter“, sagt der Tübinger Strafrechtsprofessor Jörg Kinzig. „Man wird beobachten müssen, wie die

Länder das in der Praxis umsetzen.“

Von der Wegsperr-Einrichtung zur Therapieanstalt? Wie wenig bisher mit den Verwahrten gearbeitet wurde, verdeutlichen Zahlen, die der Freiburger JVA-Leiter Thomas Rösch im Januar bei einer Veranstaltung für Juristen präsentiert hat: Demnach kostet ein regulärer Häftling im Freiburger Strafvollzug 100 Euro pro Tag – ein Sicherungsverwahrter gerade mal 110 Euro.

Damit wird es künftig bei weitem nicht mehr getan sein. Eine „individuelle und intensive Betreuung und Behandlung“, so steht es in dem Anfang März vorgelegten Gesetzentwurf der Bundesregierung, soll das reine Wegsperrern ersetzen. Das erklärte Ziel: „Alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Gefährlichkeit des Verurteilten zu reduzieren.“ Vor allem aber darf die Therapie nicht erst mit der Sicherungsverwahrung beginnen – sondern muss zwin-

gend bereits in der vorausgehenden Straftat angeboten werden. Die Verwahrung der Täter, so haben es die Verfassungsrichter festgelegt, darf nur allerletztes Mittel sein – wenn zuvor alles andere gescheitert ist (siehe Infokasten).

Dem Papier nach könnte sogar ein Art eigentümlicher Zwei-Klassen-Vollzug entstehen: Intensive Therapie und Betreuung für Sicherungsverwahrte und Häftlinge, denen die Verwahrung droht – Dienst nach Vorschrift für alle anderen. „Man fokussiert da viel Geld und Personal auf einen ganz kleinen Prozentsatz an Straftätern – und fragt sich natürlich, was ist mit all den anderen Häftlingen, von denen einige sicher genauso gefährlich sind?“, sagt Jörg Kinzig. „Hoffentlich kommt es nicht dazu, dass man die Ressourcen bei den anderen Strafgefangenen abzieht – das wäre eine fatale Entwicklung.“

## Verwahrung nur noch als „Ultima Ratio“

**Die Sicherungsverwahrung** ist keine Strafe für ein Verbrechen – sondern eine „Maßregel der Besserung und Sicherung“. Sie dient dem Schutz der Bevölkerung vor Tätern, die laut Gutachten noch als gefährlich gelten. Da so Täter weiter eingesperrt bleiben, die

ihre Strafe längst abgesessen haben, ist die Verwahrung umstritten. Vom Europäischen Menschenrechtsgerichtshof wurde die Praxis in Deutschland mehrfach gerügt. Das Bundesverfassungsgericht hat daraufhin in einem wegweisenden Urteil Vorgaben für

eine Neuregelung der Verwahrung gemacht. Ein Baustein ist das „Ultima-Ratio-Prinzip“: Demnach darf die Sicherungsverwahrung nur als „letztes Mittel“ angeordnet werden, wenn alle anderen Maßnahmen, die Gefährlichkeit zu reduzieren, nicht greifen. rom

# CDU warnt vor „Wildwest“ bei Windkraft

Fraktionschef Hauk: Kommunen sollen ein Jahr länger Zeit für die Planung haben

**Erst zu langsam, dann zu schnell: Die CDU will den Kommunen für den Ausbau der Windenergie länger Zeit geben, als dies Grün-Rot vorsieht.**

ANDREAS BÖHME

**Stuttgart.** Peter Hauk, der Vorsitzende der CDU-Fraktion, hat einen eigenen Entwurf für das neue Landesplanungsgesetz vorgelegt. Dies wurde von der grün-roten Landesregierung mehrfach verschoben, obwohl es die Basis für mehr Windenergie darstellt. Kernpunkt des CDU-Papiers ist allerdings selbst eine Entschleunigung: Die Union will den Kommunen bis Ende 2013 Zeit geben, ihre Flächennutzungspläne anzupassen – und damit noch ein ganzes Jahr länger als Grün-Rot.

Die Regierung will die bisher geltenden Vorrang- und Ausschlussgebiete für Windräder aufheben und die Planung aus den Regionalverbänden in die Hände der Kommunen zurückgeben. Die sind aber mit der Umplanung zumindest zeitlich überfordert, lautet das Ergebnis einer parlamentarischen Anhörung der kommunalen Spitzenverbände. CDU-Fraktionschef Peter Hauk warnte deshalb vor einem unkontrollierten Windkraft-Ausbau: „Dann haben wir Wildwest.“ Ulrich Lusche, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, sagte: „Die Planung muss hieb- und stichfest sein.“ Er fürchtet, dass durch Planungsfehler, Klagen von Betreibern und einem unkoordinierten Hickhack zwischen den Gemeinden der Ausbau der Windkraft eher gebremst als beschleunigt wird. Lusche fordert die Mitbeteiligung der



Die CDU befürchtet einen unkontrollierten Windkraft-Ausbau und will auf die Bremse treten. Archivfoto

Regionalverbände, damit es weiter eine übergeordnete raumplanerische Steuerung der unterschiedlichen Bauvorhaben gibt: Den Verbänden soll es möglich sein, windradfreie Gebiete auszuweisen, sie müssten aber auch Vorbehaltsgebiete benennen, in denen die Windkraft mit anderen Nutzungen konkurriert und dabei dann die Kommunen einbeziehen.

Derzeit macht der Wind etwa ein Prozent der Stromproduktion aus, bis 2020 soll der Anteil verzehnfacht werden. Lusche warnte davor, dass nach dem geplanten Gesetz der Landesregierung auch die Bürgerbeteiligung außen vor bleibe. Bauherren müssten sich nur mit den Grundstücksnachbarn ins Benehmen setzen und die emissionsrechtlichen Auflagen erfüllen. Danach würde jeder Bauantrag von der Behörde entschieden.

## CDU: Schulden sind Rechtsbruch

**Stuttgart.** Die CDU hält die von Grün-Rot geplanten Milliarden-schulden im Haushalt 2013 und 2014 für Rechtsbruch. „Das ist nicht zulässig“, sagte CDU-Fraktionschef Peter Hauk. Die Regierung würde mit der Neuverschuldung gegen die Landeshaushaltsordnung verstoßen. Grüne und SPD können danach nur bei einem Einbruch der Steuereinnahmen oder bei Naturkatastrophen neue Kredite aufnehmen. Hauk warnte die Regierung davor, das Gesetz zu ändern. „Das wäre das Eingeständnis, dass sie unfähig ist, eine echte Konsolidierung des Haushalts voranzutreiben.“ Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hatte angekündigt, Grün-Rot müsse zwischen eineinhalb und zwei Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen.

Grün-Rot hat nun ein Gutachten in Auftrag gegeben, das prüfen soll, ob eine Gesetzesänderung nötig ist oder ob es andere Wege gibt. lsw